https://strategic-culture.su/news/2025/11/03/us-foreign-policy-contention-trump-allowed-agree-deal-with-china-but-not-russia-or-iran/

Umstrittene US-Außenpolitik: Darf Trump ein Abkommen mit China schließen, aber nicht mit Russland oder dem Iran?

Die alte, vertraute Welt kommt nicht zurück. Die jungen Menschen sind – wenn überhaupt – viel radikaler.

3. November 2025 | Alastair Crooke

Die Außenpolitik der USA ist getränkt von der Hybris, dass die USA den Kalten Krieg militärisch (in Afghanistan), wirtschaftlich (liberale Märkte) und auch kulturell (Hollywood) gewonnen haben – und daher zu Recht, wie Trump es <u>ausdrückt</u>, das "Vergnügen" verdienen, "sowohl das Land als auch die Welt zu regieren". Nun, diese Politik steht nun zum ersten Mal in Frage.

Wird das eine Rolle spielen?

In diesem Monat hat die RAND Organisation, eine Institution, deren Einfluss seit langem die Außenpolitik der USA prägt, die Arroganz des Kalten Krieges gegenüber China in Frage gestellt.

Obwohl sich der <u>Bericht</u> auf die Besorgnis der USA über die Bedrohung durch den Aufstieg Chinas konzentriert, trifft die Infragestellung der Doktrin, dass kein Herausforderer der finanziellen oder militärischen Vorherrschaft der USA toleriert werden kann, den Kern der außenpolitischen Praxis der USA.

Die wichtigste <u>Erkenntnis</u> von RAND ist, dass "China und die USA gemeinsam einen Modus vivendi anstreben sollten", indem "jede Seite die politische Legitimität der anderen akzeptiert und Bemühungen, sich gegenseitig zu untergraben, zumindest in einem angemessenen Maße einschränkt".

Der Vorschlag, dass jede Seite die Legitimität der anderen anerkennen und akzeptieren sollte, anstatt "die andere" als bösartige Bedrohung zu betrachten, wäre an sich schon eine kleine Revolution.

Wenn dies für China gelten würde, warum dann nicht auch für Russland oder den Iran?

Noch aussagekräftiger: RAND empfiehlt insbesondere der US-Führung, Vorstellungen von einem "absoluten Sieg" über China abzulehnen und die Ein-China-Politik zu akzeptieren, indem sie China nicht länger durch militärisch motivierte Besuche in Taiwan provoziert, die speziell darauf abzielen, China unter Druck zu setzen und in Atem zu halten.

Dies geschieht am Vorabend des geplanten Treffens von Trump mit Präsident Xi Jinping in Kuala Lumpur, bei dem Trump ein "Handelsabkommen" mit China anstrebt, das seine Dominanz bekräftigt und ihm Raum für seine radikalen Pläne zur Umstrukturierung der amerikanischen Finanzlandschaft gibt – wenn er kann.

Kann der von RAND vorgeschlagene Kurswechsel in Washington wirklich akzeptiert werden? RAND hat in Washington tatsächlich Einfluss – spiegelt dieser Bericht also eine Spaltung in der strukturellen Architektur des "Dark State" wider? Andere Anzeichen (im Nahen Osten/Westasien) deuten in die entgegengesetzte Richtung.

Die USA verfolgen seit Jahrzehnten dieselbe Außenpolitik. Sind die USA also überhaupt zu einer so radikalen kulturellen Transformation fähig, wie sie von RAND befürwortet wird?

Der Westen befindet sich im Niedergang – ja. Aber macht es das für ihn einfacher oder schwieriger, einige der von RAND vorgeschlagenen Maßnahmen des gesunden Menschenverstands zu akzeptieren? In Bezug auf China scheint sich in US-Verteidigungskreisen eine technische Sichtweise herausgebildet zu haben, dass die USA China militärisch "auf keinen Fall" bekämpfen können.

Doch jede tiefgreifende Veränderung braucht Zeit, um sich vollständig durchzusetzen, und kann durch unerwartete Ereignisse zunichte gemacht werden. Derzeit gibt es eine Reihe potenzieller "schwarzer Schwäne", die uns umgeben.

Und wer würde eine solche Veränderung im nationalen Selbstverständnis anführen? Würde eine echte (institutionelle) Veränderung von oben nach unten oder von unten nach oben erfolgen?

Könnte dies "von unten" als populistischer "America First"-Impuls entstehen, der darauf zurückzuführen ist, dass Trump und die Republikaner bei den Zwischenwahlen die Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren haben?

In gewisser Weise hat RAND eindeutig Recht, dass die USA über das Aufbauschen eines kurzfristigen Spektakels hinaus langfristig keinen Wirtschafts- oder Technologiekrieg – oder einen militärischen Konflikt mit China – mehr gewinnen können. Vorerst scheint eine unruhige Waffenruhe in Aussicht zu stehen.

Aber wie lange noch?

Das <u>Wall Street Journal</u> hat eine andere Sichtweise als den üblichen Washingtoner Konsens vorgeschlagen: "Während seiner ersten Amtszeit hat Trump Xi Jinping oft frustriert – mit seiner freizügigen Mischung aus Drohungen und Herzlichkeit".

"Diesmal glaubt der chinesische Staatschef, den Code geknackt zu haben", schreibt das WSJ: Xi hat die traditionellen diplomatischen Gepflogenheiten über Bord geworfen und eine neue Strategie speziell für Trump entwickelt. Nach langer Vorbereitung, so argumentiert das WSJ, hat Xi beschlossen, noch härter zurückzuschlagen, um sich Einfluss auf Trump zu verschaffen und gleichzeitig Stärke und Unberechenbarkeit zu demonstrieren – Eigenschaften, von denen er glaubt, dass der US-Präsident sie bewundert.

Offenbar ist China entschlossen, sich mit Nachdruck zu behaupten. Es will die Dynamik vorantreiben und ist zuversichtlich, dass dieser harte Kurs innerhalb Chinas (und auch im Rest der Welt, was das WSJ jedoch nicht erwähnt) auf durchweg positive Resonanz stoßen wird.

Die Frage ist, wie sich Xis Gegenangriff in den USA auswirken könnte. Die große Frage bleibt jedoch unbeantwortet: Wer kontrolliert eigentlich die Außenpolitik der USA?

Eine offensichtliche Antwort nach dem Debakel des (gescheiterten) Gipfeltreffens in Budapest ist, dass Trump in diesem Bereich der Außenpolitik wenig oder gar keinen Einfluss hat. Er wird vollständig kooptiert. Und er erhielt eine deutliche "Erinnerung" daran von den "Mächtigen" – "Keine Normalisierung mit Moskau".

Waffenstillstand, "ja"; denn ein eingefrorener Konflikt, der nicht durch Beschränkungen für die Wiederaufrüstung der Ukraine belastet ist, würde dem NATO-Establishment Spielraum geben, den Konflikt neu zu definieren – von einer strategischen Niederlage der NATO zu einem "vorläufigen" Sieg, indem es die Erzählung einer sich zunehmend schwächenden russischen Wirtschaft verbreitet.

Diese konstruierte Formulierung verspricht – zumindest in den Köpfen der Europäer – einen endgültigen Waffenstillstand zu einem späteren Zeitpunkt, indem Russland fortlaufende Kosten auferlegt werden, die letztendlich zu diesem Waffenstillstand zwingen.

Der Haken an diesem Betrug ist, dass Moskau einem eingefrorenen Konflikt auf keinen Fall zustimmen wird – und ohnehin davon ausgeht, dass der Krieg zu einem Sieg Russlands führen wird.

Die Realität ist, dass das Endergebnis in der Ukraine so sein wird, wie es sein wird. Die Europäer wissen das, können es aber nicht sagen, weil sie sich nicht auf eine Welt einstellen können, in der ihre Sichtweise nicht vorherrscht. Wenn dieser Starrsinn als "Hebel" des Westens angesehen wird, dann ist er nur von kurzer Dauer und wird verblassen, sobald die wirtschaftlichen Realitäten in Europa greifen.

Was ist dann der Grund für Trumps Russland-Debakel? Einerseits war es das Veto der pro-israelischen Großspender, für die eine militärisch hegemoniale USA – die Israel unterstützt – um jeden Preis erhalten bleiben muss. Ohne sie kann Israel nicht existieren. Viele, wenn nicht sogar alle Mitglieder des Trump-Teams wurden von außen aufgezwungen – von bestimmten fanatischen Spendern und gleichgesinnten Milliardären. (Trump äußerte sich letzten Monat in seiner Rede vor der Knesset überraschend offen über diese Tatsache).

Einige dieser Trump-Spender gehören auch zur (separaten) Wall-Street-Fraktion, die nicht nur prozionistisch ist, sondern auch weiterreichende finanzielle Interessen verfolgt. Das US-Finanzsystem muss dringend mit Sicherheiten (d. h. Vermögenswerten mit innerem Wert wie Öl, natürlichen Ressourcen usw.) gestützt werden, um das übermäßig verschuldete US-Schattenbankensystem zu untermauern.

Diese pro-israelische Fraktion an der Wall Street (Frankreich) sehnt sich immer noch nach einer Wiederholung der "90er Jahre in Russland" (wie unwahrscheinlich das auch sein mag). Aber sie teilen auch mit dem wichtigsten pro-israelischen Spenderblock Israels Entschlossenheit, Russland aus dem Nahen Osten fernzuhalten, was sich durch den Ukraine-Konflikt noch verstärkt hat. Am 7. Oktober dieses Jahres bat Netanjahu Putin, den Iran nicht zu bewaffnen, und drohte <u>Berichten</u> zufolge mit Vergeltungsmaßnahmen in der Ukraine.

Die Kalkulation des Handelsabkommens mit China ist für solche Geber völlig anders. Sollte Trump einem "starken" Handelsabkommen mit China zustimmen, würde dies im Weißen Haus als Untergrabung der Fähigkeit Kanadas angesehen werden, billige Komponenten aus China und anderen Ländern zu montieren – für den Umschlag und Verkauf auf dem US-Markt. Ein Abkommen mit

China würde Trump zusätzliche Hebelwirkung verschaffen, wenn es in die Auflösungsphase des USMCA (CUSMA) im Jahr 2026 geht.

Letzteres ist wichtig, da Trump versucht, die gesamte westliche Hemisphäre – von Argentinien bis zur nördlichen Antarktis – unter die Fittiche der USA zu bringen.

Eine Vereinbarung mit China über die Kontrolle der Exporte von Seltenen Erden wäre jedoch für den gesamten US-Technologiesektor von entscheidender Bedeutung. Chinas Einfluss auf die Lieferkette für Seltene Erden ist nicht nur dominant, sondern nahezu unangreifbar. Mit 70 Prozent der weltweiten Seltenerdmetalle (bei einigen Metallen sogar 100 Prozent) und 94 Prozent der Raffineriekapazitäten hat Peking eine Festung um einen der wichtigsten Rohstoffe der modernen Technologie errichtet.

Es gibt noch einen weiteren Grund – vielleicht sogar einen übergeordneten Grund –, warum die USA dringend eine "Rettung" durch China benötigen.

Die Rechtsgrundlage für Trumps weltweite Zolloffensive hat sich immer weiter von der Ausnahme "wirtschaftliche Notlage" entfernt – hin zur klaren Aussage der US-Verfassung, dass die Befugnis zur Erhebung von Einnahmen grundsätzlich beim Kongress liegt und keine Voraussetzung für die Exekutive ist. (Zölle, so wird argumentiert, sind Einnahmen.)

Es ist offensichtlich, dass Trump die Rechtfertigung der "wirtschaftlichen Notlage" bis zum Äußersten ausgereizt hat. Die ersten Zollfälle werden in Kürze (am 1. November) vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt. Sollte das Gericht gegen Trump entscheiden, könnte es die Rückzahlung aller bisher eingenommenen Zolleinnahmen anordnen.

Wie würde sich dies auf die Außenpolitik der USA auswirken, da Zölle instrumentalisiert wurden, um Staaten zu zwingen, enorme Summen an die USA zu zahlen (im Hinblick auf Kapitalinvestitionen aus dem Ausland)?

Es ist noch zu früh, um das zu sagen. Aber im Falle Chinas brauchen Trump und die USA dringend ein Abkommen. Trumps Wirtschaftspolitik im Allgemeinen (sofern sie nicht vom Obersten Gerichtshof rückgängig gemacht wird) <u>markiert</u> eine dauerhafte Veränderung der wirtschaftlichen und geopolitischen Landschaft. Es gibt kein Zurück mehr zu dem, was vor November 2024 war.

Die einst weltweit vorherrschende, miteinander verbundene Ordnung der Dinge wird hinweggefegt, und an ihre Stelle tritt eine neue Ordnung aus eigenständigen Wirtschaftsblöcken mit ihren eigenen internen Allianzen, Lieferketten und Technologien.

In anderen Bereichen der Außenpolitik ist eine derart radikale Richtungsänderung weniger wahrscheinlich – zumindest vorerst. Die pro-israelischen Milliardäre hinter Trump werden vor nichts zurückschrecken, um Israel bei seinem Ziel zu unterstützen, <u>ein Groß-Israel zu errichten</u>, das inmitten einer neuen Nakba gegründet wird.

Langfristig gesehen ist die Dominanz der Pro-Israel-Politik in der Außenpolitik jedoch weniger sicher. Die Unterstützung junger Amerikaner für Israel schwindet zusehends. Der Kongress wird weiterhin von der AIPAC "gekauft" bleiben, und Trump hat sich unwiderruflich als unerschütterlicher Unterstützer Israels definiert. Es hat sich eine Kluft zwischen Trump und seiner MAGA-Basis

gebildet. Und Israel beginnt angesichts der <u>anti-israelischen Stimmung</u>, die sich unter jungen Amerikanern breitmacht, in Panik zu geraten.

Trotz einer möglichen Neugliederung der Wahlbezirke im Süden der USA aufgrund von Anfechtungen des Wahlregistrierungsgesetzes von 1965 (die der Republikanischen Partei möglicherweise 12 zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus einbringen könnten) könnte Trump die Zwischenwahlen dennoch verlieren. Das bedeutet, dass Trumps Agenda effektiv nur noch ein Jahr Zeit hätte – bis sie durch die Blockadehaltung der Demokraten, Ermittlungen oder sogar Amtsenthebungsverfahren zunichte gemacht würde.

Der Grund für Trumps Eile liegt auf der Hand. Natürlich muss nichts davon eintreten, und die herrschenden Schichten in den USA (und Europa) könnten sich wieder zurücklehnen und erleichtert aufatmen, dass die alte Agenda wiederbelebt werden kann. Aber Selbstzufriedenheit wäre fehl am Platz. Die alte, bequeme Welt kommt nicht zurück. Die jungen Menschen sind – wenn überhaupt – viel radikaler.